

21.02.2012

Perspektiven der städtebaulichen Kriminalprävention in niedersächsischen Kommunen und Landkreisen

Kurzbericht über die Ergebnisse einer Arbeitstagung im Herbst 2011

Autorenteam: Prof. Dr. Herbert Schubert und Dipl.-Ing. Johanna Niescken M.A.

Übersicht

1. Arbeitstagung „Kommunale Sicherheitspartnerschaften im Städtebau in Niedersachsen“
2. Einführung in die Arbeitstagung
3. Gute Beispiele aus den Städten Norden, Wolfsburg und Delmenhorst
4. Diskussion und Perspektiven in den Workshops
5. Ausblick

1. Arbeitstagung „Kommunale Sicherheitspartnerschaften im Städtebau in Niedersachsen“

Einleitung

In einer vorbereitenden Umfrage wurden Kooperationen zwischen Polizei und Stadtplanung und kommunale Präventionsgremien im Land nach ihrem Informations-, Unterstützungs- oder Beratungsbedarf zu Fragen der städtebaulichen Kriminalprävention befragt. Etwa die Hälfte der Angesprochenen, die sich bereits mit Aspekten der städtebaulichen Kriminalprävention vor Ort beschäftigen, meldeten solche Bedarfe an. Es wurde auch das Interesse geäußert, Beispiele so genannter guter Praxis und Möglichkeiten der Übertragung in die eigene Arbeit kennen zu lernen.

Um diesen Wünschen gerecht zu werden, wurde am 8. November 2011 in Delmenhorst die Arbeitstagung „**KOMMUNALE SICHERHEITSPARTNERSCHAFTEN IM STÄDTEBAU IN NIEDERSACHSEN – PRAXISERFAHRUNGEN UND ENTWICKLUNGSPERSPEKTIVEN**“ durchgeführt. Damit ein multidisziplinärer Austausch unter den Teilnehmer/innen stattfinden kann, wurden neben interessierten Präventionsräten, kriminalpräventiven Fachkräften der Polizei und Stadtplaner/innen auch Fachkräfte der Verbände der Wohnungswirtschaft (BFW, vdw, VWE), der niedersächsischen Architektenkammer, der LAG soziale Brennpunkte und der Berufsverbände von Planer/innen (SRL, bdla) eingeladen.

Das Programm orientierte sich am Bedarf vor Ort, indem Gelegenheit zur Vorstellung kommunaler Praxisbeispiele und zum gegenseitigen Erfahrungsaustausch gegeben wurde. Es schloss sich ein intensiver fachlicher Austausch an, um Fragen der städtebaulichen Kriminalprävention in Kommunen zu erörtern und im gemeinsamen Diskurs neue Entwicklungsperspektiven zu erschließen.

Programm

10:00 Uhr Begrüßung

Lothar Busch, Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration, Abteilung 5 „Bauen und Wohnen“

Die Bedeutung der niedersächsischen Sicherheitspartnerschaft im Städtebau für die Stadtplanung, Architektenschaft, Wohnungswirtschaft und Polizei

Carsten Ens, vdW Niedersachsen Bremen

Thomas Ostermeyer, Gruppe Freiraumplanung Landschaftsarchitekten

Susanne Schönemeier, Deutscher Mieterbund Niedersachsen-Bremen e.V.

Dirk Behrmann, Landeskriminalamt Niedersachsen

Stand der städtebaulichen Kriminalprävention in niedersächsischen Kommunen und Einführung in ausgewählte Praxisbeispiele

Prof. Dr. Herbert Schubert, Sozial | Raum | Management

Befragung von Bürgerinnen und Bürgern zu lokalen „Unsicherheitsräumen“

Uwe Fröbel, Fachdienst Bürgerdienste und Sicherheit der Stadt Norden

Clemens Heuermann, Polizeikommissariat Norden

Erfahrungen mit der städtebaulichen Kriminalprävention bei der Erneuerung der Großwohnsiedlung Westhagen

Christian Teigeler, Abteilung Stadtplanung und Bauaufsicht der Stadt Wolfsburg

Jürgen Stief, Polizeiinspektion Wolfsburg

Marco Mehlin, Büro raumscript, Berlin, Quartiersmanagement Westhagen

12:00 Uhr Mittagsimbiss

12:45 Uhr Grußwort der Stadt Delmenhorst

Patrick de La Lanne, Oberbürgermeister der Stadt Delmenhorst

Sicherheit und Sauberkeit am Delmenhorster Bahnhof

Ulrich Ihm, Fachdienst Stadtplanung der Stadt Delmenhorst

Wolfgang Schröter, Polizeiinspektion Delmenhorst/Oldenburg-Land

14:00 Uhr Workshops

1: Aufbau einer lokalen Sicherheitspartnerschaft im Städtebau

Moderation: Wally Plattner, BFW Niedersachsen Bremen

Prof. Dr. Herbert Schubert, Sozial | Raum | Management

2: Praktische Arbeit mit Kriterien der städtebaulichen Kriminalprävention

Moderation: Achim Däbert, NBank Niedersachsen

Dr. Anke Schröder, LKA Niedersachsen

16:00 Uhr Pause

16:15 Uhr **Wie geht es weiter? Berichte aus den Workshops – Stellungnahmen von Vertreterinnen und Vertretern aus den Regionen**

Moderation: Prof. Dr. Herbert Schubert, Sozial | Raum | Management

Verabschiedung und Ausblick

Gabriele Lasius, Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration, Referat 506

16:45 Uhr Ende der Arbeitstagung

2. Einführung aus der Landessicht

Impulse von der Landesebene

Herr *Lothar Busch*, Leiter der Abteilung „Bauen und Wohnen“ im Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration, eröffnete die Arbeitstagung mit einem Rückblick in das Jahr 2005: Auf Initiative des Ministeriums sei damals mit wichtigen Akteuren aus den Bereichen Stadtplanung, Wohnungswirtschaft und Kriminalprävention die „Sicherheitspartnerschaft im Städtebau in Niedersachsen“ geschlossen worden. Seitdem trage die Sicherheitspartnerschaft landesweit zur verstärkten Berücksichtigung der städtebaulichen Kriminalprävention in der Stadtentwicklung und Stadterneuerung bei. Bei städtebaulichen Planungen und bei der Gemeindeentwicklung sollen die verantwortlichen Akteure frühzeitig und vernetzt kooperieren, um kriminalitätsreduzierende Faktoren bereits in der Planungsphase angemessen berücksichtigen zu können und dadurch die Lebensqualität sowie die Attraktivität der niedersächsischen Städte und Gemeinden zu steigern.

Nach der Vereinbarung eines gemeinsamen Leitbildes habe das Expertennetzwerk der niedersächsischen Sicherheitspartnerschaft im Städtebau das „Qualitätssiegel für sicheres Wohnen“ entwickelt. Im Rahmen von Audits – auf der Grundlage von Kriterien der städtebaulichen Kriminalprävention – können damit die Gestaltung von Wohngebäuden und -umgebungen sowie das soziale Management im Wohnungsbestand geprüft und qualitätsvolle Objekte zertifiziert werden. Neben der baulichen und gestalterischen Perspektive werde die soziale Perspektive (wie z.B. Schutz der Nachbarschaft) angemessen berücksichtigt. Im Jahr 2010 habe sich dieser Ansatz der Sicherheitspartnerschaft im Städtebau in Niedersachsen unter den 16 Bundesländern als deutscher Beitrag für den European Crime Prevention Award (Europäischer Präventionspreis) durchgesetzt.

Als Ziel der Arbeitstagung wurde vorgestellt, dass die positiven Erfahrungen der niedersächsischen Sicherheitspartnerschaft im Städtebau an kommunale und regionale Präventionsgremien weitergegeben, dass aber auch in umgekehrter Richtung Erkenntnisse aus den Städten und Regionen auf die Landesebene mitgenommen werden sollen. Dazu sei ein intensiver In-

formations- und Erfahrungsaustausch unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern in zwei Workshops am Nachmittag – über die Kriterien des Qualitätssiegels und über Fragen zum Aufbau lokaler Sicherheitspartnerschaften – vorgesehen.

Zur Rolle der Kooperation verschiedener Organisationen

Zum fachlichen Einstieg in die Tagung wurde die Bedeutung der niedersächsischen Sicherheitspartnerschaft im Städtebau aus verschiedenen Perspektiven von beteiligten Organisationen verdeutlicht (siehe dazu die Übersicht unter URL: www.sicherheit-staedtebau.de). Zuerst gaben *Susanne Schönemeier* aus dem Blickwinkel des *Deutschen Mieterbundes Niedersachsen-Bremen e.V.* und *Carsten Ens* aus der Perspektive des *Verbandes der Wohnungswirtschaft Niedersachsen und Bremen* einen Überblick. Weil sich die Mieter- und die Vermieterseite einig seien, dass Sicherheit im Wohnquartier die Lebensqualität und Attraktivität steigert, engagieren sich beide in der Sicherheitspartnerschaft im Städtebau in Niedersachsen.

Frau Schönemeier führte aus, der Mieterbund vertrete nicht nur die Interessen der Mieter, sondern wirke auch gezielt in der Wohnungspolitik und bei großen städtebaulichen Maßnahmen mit. In der Sicherheitspartnerschaft weise der Mieterbund Niedersachsen-Bremen e.V. auf die Bedürfnisse der Mieterinnen und Mieter hin und bringe Erfahrungen aus Mietbeständen in den Städten und Gemeinden Niedersachsens ein.

Die 18 beteiligten Organisationen, Institutionen und Verbände der Sicherheitspartnerschaft haben sich verpflichtet, in ihren Aufgabengebieten die Qualitätskriterien der städtebaulichen Kriminalprävention zu beachten und weiterzuentwickeln. Es habe sich gezeigt, dass der intensive Austausch unter den verschiedenen Professionen, die zusammen Verantwortung für die Qualität der Wohnsiedlungen tragen, von großer Bedeutung für den bisherigen Erfolg der Sicherheitspartnerschaft war. Die Verbindung der einzelnen professionellen Blickwinkel auf die Sicherheitsprobleme in der Stadt führe zu neuen Betrachtungsweisen und gebe viele Anregungen. Die interdisziplinäre Zusammenarbeit sei besonders geeignet, die wichtigen Aspekte jeder einzelnen Disziplin einzubringen und gemeinsam integrierte Ansätze und Lösungsideen zu entwickeln

Herr *Carsten Ens* stellte ergänzend die Rolle des *Verbandes der Wohnungswirtschaft Niedersachsen und Bremen (vdw)* in der Sicherheitspartnerschaft vor. Dem Verband gehören Unter-

nehmen der Wohnungswirtschaft an, die einen Bestand von etwa 400.000 Wohnungen verwalten.

Der vdw habe Fragen der städtebaulichen Kriminalprävention bereits vor 13 Jahren auf einer Veranstaltung thematisiert. Wegen der Relevanz des Themas für die Mieterschaft und die Wohnungsbestände habe der vdw damals eine Kooperation mit dem 1995 gegründeten niedersächsischen Landespräventionsrat begonnen. Diese Tradition werde durch die Mitwirkung in der Sicherheitspartnerschaft im Städtebau fortgesetzt. Das „Qualitätssiegel für sicheres Wohnen“ sei das erste Produkt, mit dem die Arbeit der Sicherheitspartnerschaft in die Siedlungen und Wohnquartiere der niedersächsischen Städte und Gemeinden ausstrahle. Aktuell spielen Aspekte der Sicherheit in den Altbaubeständen der im vdw organisierten Wohnungsunternehmen eine wichtige Rolle. Aber auch in neuen Baugebieten, die aktuell geplant und entwickelt werden, stellen kriminalpräventive Maßnahmen einen wichtigen Aspekt dar. Der Kriterienkatalog des „Qualitätssiegels für sicheres Wohnen“ gebe den Wohnungsunternehmen eine gute Orientierung, was dabei im Einzelnen zu beachten ist.

Herr Ens warf einen Blick in die Zukunft und betonte, die Bedeutung der Kriminalprävention im Städtebau werde – angesichts des absehbaren demographischen und sozialen Wandels der Gesellschaft – zunehmen. Die vom vdw durchgeführte Wohnungsmarktanalyse 2011 prognostiziere beispielsweise für Delmenhorst eine Bevölkerungsabnahme von einem Fünftel bis zu einem Viertel im Laufe der nächsten beiden Jahrzehnte. Der Rückgang der Bevölkerungszahl falle mit einem gleichzeitigen Anstieg des Anteils und der Anzahl der älteren Bewohnerinnen und Bewohnern in den Wohnungsbeständen zusammen. Diese gegenläufigen Tendenzen von Schrumpfung und Alterung der Wohnquartiere verlange, neue Qualitäten in den Wohnungsbeständen zu entwickeln: Sicherheit und Wohlbefinden komme dabei ein zentraler Stellenwert zu. Nur so können die Städte und Gemeinden auch in Zukunft lebenswert bleiben.

Verknüpfung von polizeilicher und planerischer Sicht

Die Bedeutung der niedersächsischen Sicherheitspartnerschaft im Städtebau wurde noch aus zwei weiteren Perspektiven dargestellt. Es sprachen *Dirk Behrmann* vom *Landeskriminalamt Niedersachsen* und *Thomas Ostermeyer* vom *Bund Deutscher Landschaftsarchitekten (bdla)*. Ähnlich wie bei der zuvor dargestellten Mieter- und Vermietersicht sind auch diese beiden

Perspektiven eng aufeinander bezogen: Denn sie repräsentieren die polizeiliche und fachplanerische Seite der Stadtentwicklung. Sie engagieren sich in der Sicherheitspartnerschaft im Städtebau in Niedersachsen mit dem Ziel, im konstruktiven Zusammenwirken einen Beitrag zur Steigerung der Lebensqualität und Attraktivität in den Städten und Gemeinden zu leisten.

Die heutige Polizeiarbeit – so führte Herr *Behrmann* vom *Landeskriminalamt Niedersachsen* aus – bestehe nicht nur daraus, Straftaten aufzuklären oder für einen reibungslosen Verkehrsfluss zu sorgen. Vielmehr gehe es auch darum, Straftaten zu verhindern und vorsorgend zur Sicherheit der Bevölkerung beizutragen. Dieses Verständnis, auch für die Kriminalprävention Verantwortung zu tragen, sei inzwischen fest in der Aufgabenwahrnehmung der Polizei verankert. Leider sei die Prävention aber noch nicht tief ins Alltagsbewusstsein der Bevölkerung vorgedrungen. Denn oft werde erst reagiert, wenn das schädigende Ereignis unmittelbar bevorstehe. Prävention bedeute demgegenüber, nicht erst die kritische Situation abzuwarten, wenn der Täter bereits zur Tat ansetzt, sondern dafür zu sorgen, dass sich ein Täter diesen Ort, dieses Objekt oder diese Person wegen bestehender Schutzfaktoren gar nicht erst aussucht.

Die Kriminalprävention im Wohnquartier und im Wohnungsbestand sei eine komplexe Angelegenheit – sie gelinge deshalb nur über das Zusammenwirken der Organisationen und Professionen, die an der Planung, am Bau und an der Verwaltung von Wohnsiedlungen beteiligt sind. Genau diese Funktion der Vernetzung erfülle die Sicherheitspartnerschaft im Städtebau in Niedersachsen; sie bestehe aus einem engmaschigen Kooperationsnetz, das sich den Fragen des sicheren Wohnens und des sicheren Lebens in der Kommune in der Interaktion von allen Disziplinen annähere. In der Zusammenarbeit folge die Sicherheitspartnerschaft drei Schutzdimensionen: (1.) Schutz durch die städtebauliche Form, architektonische Gestaltung und technische Ausstattung; (2.) Schutz durch Verantwortungsträger wie die Eigentümer und andere unterstützende Institutionen; und (3.) sozialer Schutz durch die Übernahme eigener Verantwortung in der Bewohnerschaft.

Aus dem Blickwinkel der Landschaftsarchitektur und der Gebäudearchitektur nahm *Thomas Ostermeyer* vom *Bund Deutscher Landschaftsarchitekten* zu den Kriterien der drei Dimensionen Stellung. Bei näherem Hinschauen stelle man fest, dass das Thema Sicherheit im Städtebau nur mit einer Vielzahl von Kriterien abgebildet werden könne – sie reichen von der Haus-

türsicherung über die Stellung der Gebäude zur Straße bis hin zum sozialen Zusammenhalt im Wohnquartier. Deshalb sei der Kriterienkatalog des „Niedersächsischen Qualitätssiegels für sicheres Wohnen“ relativ umfangreich – er zwingt dazu, sich mit dem Spektrum der Fragestellungen vollständig zu beschäftigen. Die Thematik könne dadurch sowohl im Kopf der Nutzer als auch im Kopf der Fachleute Niederschlag finden und weitgehend in das Alltagsdenken und -handeln der beteiligten Disziplinen Eingang finden. Die Sicherheitspartnerschaft setze mit dem Qualitätssiegel auf eine Multiplikationswirkung. Beim Thema „Sicherheit im Städtebau“ verhalte es sich ähnlich wie mit anderen Planungsthemen – wie z.B. die Barrierefreiheit. Richtig verstanden hätten Planerinnen und Planer das Thema auch erst, als keine behindertengerechten Rampen mehr „zusätzlich“ gebaut werden mussten, sondern barrierefreie Eingänge – quasi „unsichtbar“ – in die Architektur „eingeschmolzen“ waren. Ähnlich verhalte es sich nun mit der gebauten Sicherheit: Die Stellung der Gebäude oder die Ausrichtung der Fenster seien ähnlich „unsichtbare“ Qualitätsmerkmale.

Herr Ostermeyer skizzierte den Unterschied zwischen „gefühlter“ (subjektiver) und objektiver Unsicherheit. Dies klarer wahrzunehmen und dafür sachgerechtere Lösungen aufzuzeigen, stelle ein Verdienst der Sicherheitspartnerschaft im Städtebau in Niedersachsen dar. Er beschrieb, wie stark ihn die differenzierten Analysen von Lagebildern beeindruckt haben, die seitens der Polizei erstellt werden können. Sie geben ein sehr genaues Abbild der objektiv gemessenen Unsicherheitsereignisse in einem Wohnquartier und können sie räumlich genau verorten. Diese Informationen stellen ein wichtiges Korrektiv zur gefühlten Unsicherheit unter Bewohnerinnen und Bewohnern dar. Herr Ostermeyer bewertete sie als gut nutzbare Hilfen für die Planung von Gebäuden und Freiräumen, aber auch für die Korrektur des Images eines Quartiers. In Stadtgebieten, wo der Ruf des Gebietes schlechter sei, als die reale Situation es rechtfertige, seien solche Planungshilfen unverzichtbar.

Aus der Sicht der Planerinnen und Planer werde es daher sehr begrüßt, dass sich die niedersächsische Sicherheitspartnerschaft im Städtebau geschlossen gegen Lösungen wie „Gated Communities“ ausgesprochen habe und auch einer übertriebenen Videoüberwachung, wie sie in Großbritannien verbreitet sei, eine Absage erteilt habe. Das Ziel müsse immer sein, Lösungen mit planerischen Gestaltungsmitteln herbeizuführen – zum Beispiel über eine soziale Durchmischung der Siedlung, um die tolerante Begegnung verschiedener Kulturen und Le-

bensstile zu erreichen, damit die verschiedenen sozialen Gruppe die Erfahrung machen können, sich ohne Angst und Bedrohung zu begegnen. Soziale Kontrolle in einem positiven Begriffsverständnis setze Toleranz für unterschiedliche Lebensstile voraus; die Gestaltung von Gebäuden und Freiflächen solle dafür förderliche Bedingungen schaffen.

3. Gute Beispiele aus den Städten Norden, Wolfsburg und Delmenhorst

Befragung von Bürgerinnen und Bürgern zu lokalen „Unsicherheitsräumen“ in der Stadt Norden

Uwe Fröbel vom Fachdienst Bürgerdienste und Sicherheit der Stadt Norden und Clemens Heuermann vom Polizeikommissariat Norden stellten eine Befragung von Bürgerinnen und Bürgern zu lokalen „Unsicherheitsräumen“ vor. Diese Erkundung bilde Vorarbeiten ab, die vor Maßnahmen der städtebaulichen Kriminalprävention erforderlich seien. In der Stadt Norden habe der Kommunale Präventionsrat im Jahr 2007 ermittelt, an welchen Orten in der Kommune akuter Handlungsbedarf bestehe. Herr Fröbel berichtet, dafür sei die Methode der „Bürgerbefragung“ gewählt worden. Für die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung habe der Kommunale Präventionsrat die AG „Sicherheit in Norden“ gebildet.

Norden hat rund 26.000 Einwohner/innen und wird von der Siedlungsstruktur des ländlichen Raums sowie durch den Tourismus (ca. 1.200.000 Übernachtungen jährlich) geprägt. Herr Heuermann führte aus, in den vergangenen Jahren sei ein spezifisches Straftatenprofil pro Jahr festgestellt worden. Im Stadtgebiet Norden treten gehäuft Sachbeschädigungen und Körperverletzungsdelikte auf – letztere häufig in Verbindung mit Alkoholkonsum. Mit der Bürgerbefragung sei versucht worden, diese Zahlen und Ereignisse in einen Zusammenhang mit der subjektiven Sicherheitswahrnehmung der Bevölkerung zu bringen. Im Jahr 2010 haben vertiefende Ergänzungsbefragungen in zwei Stadtteilen stattgefunden. Seit dem Jahr 2011 treffe sich ein „Runder Tisch“ von Behördenvertretern und Mitgliedern des Präventionsrates, um auf der Grundlage der insgesamt gewonnenen Erkenntnisse Schlussfolgerungen für die kommunale Kriminalprävention zu treffen.

Die Kritikpunkte der befragten Bürgerinnen und Bürger beziehen sich überwiegend auf die Freiraumgestaltung, auf die Beleuchtungssituationen, auf die Gestaltung von Verkehrswegen, auf Perspektiven für Industriebrachen und auf die innenstadtnahe Parkanlage „Alter Fried-

hof“. Das Sicherheitsempfinden variiere stark mit dem Alter der Befragten und hänge von der Zeit des Aufenthaltes an bestimmten Orten ab. So fühlen sich beispielsweise ältere Menschen auf dem Marktplatz sicher, da sie diesen meist tagsüber benutzen. Jugendliche fühlen sich an diesem Platz jedoch häufig unsicher. Dieses Unsicherheitsgefühl beziehe sich aber auf den Aufenthalt in den Abendstunden und am Wochenende, weil dort zahlreiche Kneipen und Diskotheken ihren Standort haben und es in Folge hohen Alkoholkonsums zu Gewaltdelikten komme.

Einige Bewohnergruppen problematisieren auch einen Immobilienbestand mit älteren Mehrfamilienhäusern in der Stadt, der Investoren aus dem Ausland gehört. Weil die Eigentümer sich nicht um den Werterhalt kümmern und auch keine Ansprechpartner bekannt seien, werde das Gebiet als unsicherer Raum klassifiziert. Ebenfalls als unsicher werde eine große innenstadtnahe Industriebrache (Doornkaat-Gelände) eingeordnet. Von dort strahlen negative Wirkungen in die umgebende Bebauung aus, da die Fläche fortschreitend verwahrlose und der Eigentümer Investition zurückhalte.

Durch die Bürgerbefragung finde das Thema „Sicherheit im Stadtraum“ eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung. Die Resonanz verdeutliche, dass zwingend (Nachnutzungs-) Lösungen der städtebaulichen Kriminalprävention für die Brache des alten Doornkaat-Geländes, für das Gebiet des Alten Friedhofes und für andere identifizierte Unsicherheitsorte in der Stadt gefunden werden müssen. Außerdem müsse der Alkoholkonsum in der Öffentlichkeit stärker reguliert werden und soziale Integrationsarbeit als wichtiger Beitrag für die Sicherheit im öffentlichen Raum angesehen werden. Polizei und Ordnungsbehörde wollen eine Sicherheitspartnerschaft mit Gastronomen und Veranstaltern von Festen, Events u.ä. abschließen und sich regelmäßig austauschen.

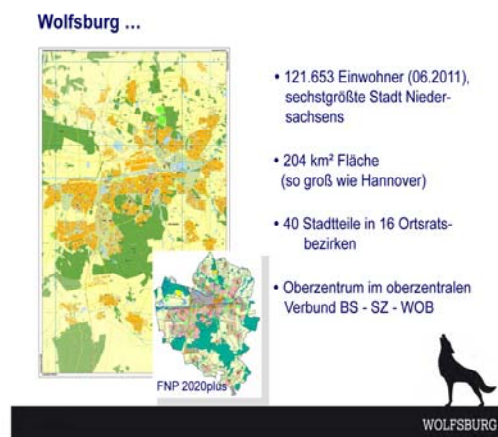
Herr Fröbel und Herr Heuermann hoben abschließend hervor, dass die Befragung von Bürgerinnen und Bürgern zu Unsicherheitsräumen in der Stadt ein guter Weg sei, in der Öffentlichkeit Akzeptanz für das Thema herzustellen. Die Umsetzung von Lösungen auf der Grundlage der Umfrageergebnisse müsse aber zur „Chefsache“ gemacht und von einem „Kümmerer“ in die Hand genommen werden, damit die Aktivitäten und ihre Kontinuität in der Öffentlichkeit auch wahrgenommen werden. Die Rolle des Initiators sei beim Kommunalen Präventionsrat

gut aufgehoben, weil in diesem Gremium eine unkomplizierte Kommunikation zwischen den verschiedenen Ressorts möglich sei.

(s. Vortrag Uwe Fröbel / Clemens Heuermann: Sicherheit in Norden)

Erfahrungen mit der städtebaulichen Kriminalprävention bei der Erneuerung der Wolfsburger Großwohnsiedlung Westhagen

Als zweites Beispiel wurden Aktivitäten in Wolfsburg Westhagen vorgestellt, eine Großwohnsiedlung aus den 1960er Jahren mit maximal 14 Geschossen. *Christian Teigeler* von der *Abteilung Stadtplanung und Bauaufsicht der Stadt Wolfsburg* skizzierte Maßnahmen, die im Rahmen des Städtebauförderungsprogramms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“ durchgeführt werden.



Es seien vor allem Begegnungsorte geschaffen worden, an denen sich Menschen im Stadtteil treffen können. Verwiesen wurde auf einen Bereich um ein Einkaufszentrum herum: Dort, wo vorher unwirtliche Orte im Stadtgefüge vorherrschten, befinden sich nun die „Café-Terrassen“ mit hoher Aufenthaltsqualität. Die neu gestalteten Plätze werden von den Bewohnerinnen und Bewohnern gut angenommen. Auch Grünräume werden umgestaltet und als „Garten der Nationen“ mit Spielgeräten und Kunstobjekten aufgewertet. Sie seien bisher nicht durch Vandalismus zerstört worden. Da die Menschen im Stadtteil sorgsam mit den neuen Bereichen umgehen, erweise sich die Aufwertung als tragfähig. Die Fahrradstrecken seien nachts zwar immer noch nicht beleuchtet, haben aber nicht den Charakter eines unsicheren Raumes. Die Freiflächen werden nur durch geringe Höhenunterschiede gegliedert, da andere Maßnahmen mit Höhenstaffelungen nicht zu den Gebäuden und deren Geradlinigkeit passen. Durch die

Gestaltungsmaßnahmen sei es insgesamt gelungen, die – zuvor gemiedenen – Stadträume zu beleben. Dies habe sich positiv auf das Sicherheitsgefühl der Bewohner ausgewirkt.

Im Anschluss führte *Marco Mehlin* vom Büro raumscript in Berlin, der *Quartiersmanager in Westhagen*, die Bewohnerperspektive weiter aus. Aus dem

Blickwinkel der Sicherheit spiele vor allem der öffentliche Raum eine wichtige Rolle. Im Kern handele es sich aber um „Angst“ vor anderem, vor anderen und vor Auffälligem. So haben beispielsweise ältere Menschen häufig Angst vor dem Verhalten junger Menschen. Hinzu komme die Angst vor dem „Fremden“ und vor anderen Lebensstilen hinzu. Verstärkt werde die dabei entstehende Unsicherheit durch Medien und lokale Gerüchte: Das Quartier wurde zu Beginn der Sozialen Stadt im Ergebnis pauschal als „Angstraum“ abgestempelt.

Daher sei die partizipative Einbindung von Bewohnerinnen und Bewohnern in den Planungsprozess besonders wichtig, damit die bestehenden Problemlagen angesprochen und bearbeitet werden können. In Westhagen wurden Interessensvertretungen und aktive Netzwerke geschaffen, über die alle Bewohner- und Interessensgruppen des Stadtteils eingebunden werden können. Dabei werden gezielt und kontinuierlich auch die lokale Presse und die örtlichen Wohnungsunternehmen einbezogen. Beispielsweise seien abendliche Begehungen durchgeführt worden, um die Sicherheitslage der verschiedenen Orte im Stadtteil bei Dunkelheit zu erfahren.

Die Beteiligung der Bewohnerschaft und die Wertschätzung ihnen gegenüber sei der Schlüssel für den Erfolg von Maßnahmen. Bewohnerinnen und Bewohner werden deshalb sowohl an der Planung als auch an der Gestaltung beteiligt. Daraus haben sich langfristige und nachhaltige Strukturen entwickelt. So treffe sich seit längerem ein Bürgerforum mindestens zwei Mal im Jahr, an dem 60 bis 70 Personen teilnehmen. Im Netzwerk können Themen angesprochen werden, analysiert und Lösungsmöglichkeiten angedacht werden. Auch wenn die Situationen und Konflikte in dem Gremium gemeinsam analysiert werden, sei dennoch davon auszugehen,

Netzwerk Kommunikation und Sicherheit im öffentlichen Raum



dass es auch zukünftig Konflikte im öffentlichen Raum geben könne. Insbesondere zwischen älteren und jüngeren Nutzern des öffentlichen Raums – wie zum Beispiel dem Marktplatz – existieren unterschiedliche Vorstellungen über das Verhalten. Gestaltungsansätze der städtebaulichen Kriminalprävention sollen in Programmgebieten der „Sozialen Stadt“ daher immer mit sozialen Integrationsprojekten kombiniert werden.

Jürgen Stief von der *Polizeiinspektion Wolfsburg* ergänzte die Wolfsburger Präsentation, indem er auf ein anderes Beispiel – die Situation in der Innenstadt von Wolfsburg – Bezug nahm. Weil dort das subjektive Sicherheitsempfinden beeinträchtigt war, wurde von der „Lenkungsgruppe Kriminalprävention“ das Projekt „Sichere Innenstadt“ mit dem Ziel initiiert, die Innenstadt von Wolfsburg gewalt- und angstfrei zu machen. An dem Projekt seien die lokalen Institutionen beteiligt, die ein Interesse an der Stärkung des Sicherheitsgefühls unter den Bürgerinnen und Bürgern haben.

Es sei zunächst ein Workshop durchgeführt worden, um Handlungsschwerpunkte zu erarbeiten. Dabei helfen die Kriminalitätslagebilder der Polizei, diejenigen Orte in der Innenstadt zu identifizieren, wo besondere Interventionen erforderlich seien. Es wurden mehrere Orte für Lösungen ausgewählt. So werden an diesen Orten Kameras zur Überwachung des Stadtraums eingesetzt. Die vermehrte Präsenz von Personen des Ordnungsamtes und der Polizei im Stadtraum sei eine weitere Maßnahme, um die Wahrnehmung der Sicherheitslage in der Wolfsburger Innenstadt unter der Bevölkerung positiv zu beeinflussen. Zudem werden verstärkt Fahrradkontrollen durchgeführt.

Die Projektgruppe „Sichere Innenstadt“ habe eine Bürgerbefragung durchgeführt. Im Rahmen einer Flyer-Aktion sei erfragt worden, durch welche Maßnahmen die Innenstadt aus der Sicht von Bürgerinnen und Bürgern sicherer gestaltet werden können. Als Anreiz zum Mitmachen sei ein Preisausschreiben für die besten Ideen ausgelobt worden; einige Geschäfte in der Fußgängerzone spendeten Preise dafür. Die vorgeschlagenen Maßnahmen beziehen



sich hauptsächlich auf Aspekte der städtebaulichen Kriminalprävention: Im Vordergrund stehen die Beleuchtungssituation und die planerische Umgestaltung der Fußgängerzone.

(s. Vortrag Christian Teigeler / Marco Mehlin: Aspekte der Kriminalprävention an den Beispielen Wolfsburger Innenstadt und WOB-Westhagen sowie

Vortrag Jürgen Stief: Zwischenbericht „Sichere Innenstadt“)

Sicherheit und Sauberkeit am Delmenhorster Bahnhof

Oberbürgermeister Patrick de La Lanne erläuterte die Rolle der kommunalen Kriminalprävention in der *Stadt Delmenhorst*. Schon im Jahr 1994 sei ein ressort- und behördenübergreifendes Netzwerk aufgebaut worden; es sei der zweite in Niedersachsen gegründete Kriminalpräventive Rat gewesen. Seitdem gelte in Delmenhorst der Kernsatz: „Kriminalprävention ist Chefsache!“ An der Spitze des Kriminalpräventiven Rates stehe der Oberbürgermeister und die Stellvertretung liege beim Leiter der Polizeiinspektion Delmenhorst/Oldenburg-Land. Dem Kriminalpräventiven Rat gehören drei Arbeitsgruppen an: die „AG Gewalt“, der „Fachkreis Suchtprävention und Gesundheitsförderung“ sowie die AG „Technische Prävention“.

Seit dem Sommer 2007 kümmere sich die Arbeitsgruppe „Technische Prävention“ besonders um die Sicherheitssituation am Delmenhorster Bahnhof. Dort seien zu dieser Zeit vermehrt Rohheitsdelikte, Schmutz, Alkoholkonsum und damit einhergehend Belästigungen der Passanten und Bahnreisenden aufgefallen. Der Bahnhof sei in der Folge zu einem unsicheren Ort geworden. Daher haben erste Gespräche zwischen der Polizeiinspektion Delmenhorst/Oldenburg-Land und dem Fachdienst Stadtplanung der Stadt Delmenhorst stattgefunden. Unter anderem sei eine öffentliche Informationsveranstaltung – unter Beteiligung von Präventionsfachkräften des Landeskriminalamtes Niedersachsen – im Delmenhorster Rathaus durchgeführt worden. Im weiteren Verlauf habe die Arbeitsgruppe „Technische Prävention“ – in Abstimmung zwischen der Stadtverwaltung, der Landes- und Bundespolizei, der Deutschen Bahn AG, der Vertreter der Migrantenorganisationen, den Anliegern des Bahnhofs und dem Kriminalpräventiven Rat – einen Maßnahmenkatalog entwickelt. Oberbürgermeister de La Lanne stellte zehn Maßnahmen des Katalogs vor:

- (1) Verstärkung der Präsenz der Polizei
- (2) Aufstockung der Streetworker-Stellen
- (3) Zusätzliche tägliche morgendliche Reinigung im Bahnhof
- (4) Installierung der Videoüberwachung und -aufzeichnung
- (5) Nächtlicher Einsatz von Vertretern der Migranten am Bahnhof in den Nächten am Wochenende von 02:00 bis 06:00 Uhr
- (6) Einsatz der städtischen Vollzugsbeamten am Wochenende
- (7) Verstärkung des Jugendschutzes und Beschränkung des Alkoholverkaufs im Bahnhof nach 24:00 Uhr
- (8) Beschallung der Eingänge des Bahnhofs mit „Klassischer Musik“ (täglich in der Zeit von 11:00 bis 23:00 Uhr)

Parallel werden diese Maßnahmen begleitet:

- (9) durch eine kriminalpräventive Analyse, die zu städtebaulichen weiteren Maßnahmen führte, sowie
- (10) durch einen vom Oberbürgermeister initiierten Gesprächskreis, der die Maßnahmen mit den beteiligten Akteuren und Anliegern begleitet und bewertet.

Oberbürgermeister de La Lanne stellte fest, das Maßnahmenpaket habe gewirkt: Von 742 Straftaten im Jahr 2007 seien die erfassten Straftaten auf 301 im Jahr 2010 mehr als halbiert worden. Und das Sicherheitsgefühl der Passanten am Bahnhof habe sich positiv stabilisiert.

Wolfgang Schröter, der Beauftragte für Kriminalprävention im Präventionsteam der Polizeiinspektion Delmenhorst/Oldenburg-Land machte weitere Ausführungen zur Arbeit der AG „Technische Prävention“. Neben dem Engagement für die Erneuerung des Delmenhorster Bahnhofs und seines Umfeldes finde besonders auch die Entwicklung der Quartiere Wollepark und Düsternort Beachtung.

Das Stadterneuerungsgebiet „Wollepark“ liege in unmittelbarer Nähe zur Delmenhorster Innenstadt. Es grenze an das Areal der ehemaligen „Norddeutschen Wollkämmerei und Kammgarnspinnerei“, dem heutigen Standort „Nordwolle“. Im Jahr 2000 sei der Wollepark in die GISS (Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt) aufgenommen worden. Die Umgestaltung des Quartiers werde allerdings gehemmt, weil ein ausländischer Investor nicht bereit sei, die notwendigen Investitionen zu tätigen bzw. den Wohnungsbestand nur übersteuert an die Stadt verkaufen wolle. Maßnahmen der städtebaulichen Kriminalprävention seien kaum umzusetzen sind, wenn ein Wohnobjekt Spekulationsobjekt sei. Durch den Verfall mangels Investitionen trete ein „Broken Windows“-Effekt auf. Nicht nur das Objekt verliere raschen an Wert, sondern die Entwertung strahle auf das gesamte Quartier und das städtebauliche Umfeld aus.

Der Stadtteil Düsternort gelte – wegen der hohen Wohndichte, des hohen Anteils von Empfängerinnen und Empfängern von Transferleistungen und des hohen Anteils von Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte – als sozialer Brennpunkt. Auf Initiative der Arbeitsgruppe „Gewalt“ des Kriminalpräventiven Rates sei die Stadtteilkonferenz Düsternort gegründet worden, um Akteure des Stadtteils – wie Nachbarschaftsbüro, Mütterzentrum, Kindertagesstätte, verschiedene Schulen, Kirchengemeinden, Düsternorter Tafel und Anlaufstelle für Straffällige – zu vernetzen. Um Jugendliche präventiv zu unterstützen, werde in der Sporthalle am Düsternorter Stadion regelmäßig Mitternachtssport angeboten. Es bestehe ein hoher Handlungsbedarf der städtebaulichen Kriminalprävention, das Wohnquartier Düsternort umzugestalten und eine höhere Wohnqualität zu erzielen.

Ergänzend präsentierte *Baudirektor Ulrich Ihm* vom *Fachdienst Stadtplanung der Stadt Delmenhorst* aktuelle Planungsergebnisse für das Bahnhofsumfeld, die auf den Dialog zwischen Polizei und Fachdienst Stadtplanung zurückgeführt werden können. Aufgrund der städtebaulichen Bewertung von kriminalstatistischen Daten, die die Polizei zur Verfügung gestellt habe, seien drei Gestaltungsschwerpunkte für die Nordseite des Bahnhofs abgeleitet worden: (1.) Neugestaltung des Vorplatzes und des Eingangsbereiches; (2.) Neuordnung der Fahrradabstellplätze; und (3.) Umgestaltung des Parkplatzes bzw. der Stellflächen des motorisierten Individualverkehrs. Teilweise handele es sich nur kleine Einzelmaßnahmen, mit denen aber große Wirkungen erzielt werden können. So werde beispielsweise überprüft, welche Informationstafeln und Hinweisschilder erforderlich und welche überflüssig seien. Im Ergebnis werden

Werbetafeln an einer anderen Stelle gebündelt, während die Sicht beeinträchtigende Werbetafeln am P+R-Parkplatz entfernt werden. Vorgesehen seien auch Begrünungen, damit Risiken der Verwahrlosung dieser Flächen vorgebeugt werden könne. Im Bereich des nördlichen Vorplatzes des Bahnhofs werden kleinkronige Laubbäume gepflanzt und Bodenstrahler installiert, um den Platz klarer zu strukturieren und besser zu beleuchten. Die vorhandenen Hecken werden regelmäßig zurückgeschnitten, um die übersichtliche Gestaltung des Platzes nicht zu stören. In diesem Zusammenhang werden teilweise auch Zäune erneuert. Und ein vorhandener unkontrollierter Zugang zu den Bahngleisen solle aus Sicherheitsgründen geschlossen werden. Der Abstellbereich für Fahrräder werde übersichtlicher und besser einsehbar gestaltet; durch eine Verdoppelung der Raumhöhe und eine höhere Position des Daches sollen die Abstellmöglichkeiten attraktiver werden.

*(s. Vortrag Wolfgang Schröter: Städtebau und Kriminalprävention sowie
Vortrag Ulrich Ihm: Städtebauliche Untersuchung Bahnhofsumfeld)*

4. Diskussion und Perspektiven in den Workshops

Workshop 1: Aufbau einer Sicherheitspartnerschaft im Städtebau

Als Einstieg in den Workshop wurde die Frage gestellt, ob eine lokale Sicherheitspartnerschaft im Städtebau (a) ein eigenständiges Gremium sein soll oder (b) ein Teil des kommunalen Präventionsrates sein soll? Von den Teilnehmer/innen plädierte die eine Hälfte für ein eigenständiges Gremium und die andere Hälfte sah lokale Sicherheitspartnerschaften als Teil des kommunalen Präventionsrates.

Während der Vorstellungsrunde wurde zu dieser Frage weiter Stellung bezogen. Dabei kristallisierte sich heraus, wie wichtig verlässliche Strukturen als Grundlage für Sicherheitspartnerschaften sind. Die Wohnungsunternehmen wurden für die lokale Zusammenarbeit als wichtige Projektpartner angesehen, die verstärkt in Initiativen der städtebaulichen Kriminalprävention mit einbezogen werden sollten. Aber auch Bewohner/innen und andere „Betroffene“ werden in lokalen Sicherheitspartnerschaften gebraucht.

Im Austausch der Erfahrungen zeigte sich auch, dass eine Sicherheitspartnerschaft „Chef-sache“ sein muss, um eine breite Akzeptanz bei allen beteiligten Disziplinen zu erreichen. Empfohlen wurden darüber hinaus persönliche Beziehungen unter den Akteuren, um schneller handlungsfähig zu sein. Dabei wurde von den Teilnehmerin-

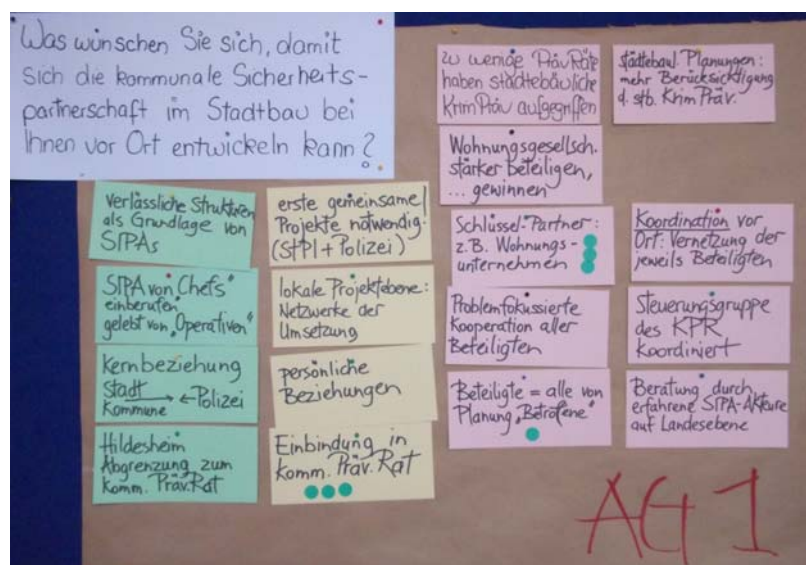


Abbildung 1: Sammlung von Wünschen für die Entwicklung kommunaler Sicherheitspartnerschaften im Städtebau vor Ort

nen und Teilnehmern des Workshops erneut die Notwendigkeit einer Einbettung der städtebaulichen Kriminalprävention in die Arbeitsweisen der kommunalen Präventionsräte diskutiert. Am Ende wurde diese Kopplung als ein zentraler Qualitätsbaustein für eine kommunale Sicherheitspartnerschaft angesehen, da über diese Verbindung die bereits vorhandenen, ressort- und disziplinübergreifenden Netzwerke genutzt werden können.



Abbildung 2: Sammlung von Ideen für den Aufbau kommunaler Sicherheitspartnerschaften im Städtebau vor Ort

In der zweiten Gesprächsrunde wurde konkret darüber gesprochen, was vor Ort verbessert werden soll. Es wurde u.a. das Problem erörtert, warum bisher nur wenige Präventionsräte das Thema der städtebaulichen Kriminalprävention aufgegriffen haben. Dabei wurde als Lösungsweg gezeichnet: Es müsse vor

allem ein lokaler Handlungsbedarf definiert werden und als Projekt in Gang gebracht werden, an dem die verschiedenen fachlichen Disziplinen mitwirken. In der praktischen Arbeit kann sich die Handlungskompetenz der städtebaulichen Kriminalprävention herausbilden und fester Bestandteil des lokalen Methodenkanons werden. Auf diesem Weg lassen sich auch konkrete Ansprechpartner finden und das Netzwerk der Fachleute ausbauen. Verstärkend kann der Einsatz einer regionalen Umfrage oder einer Lagebildanalyse wirken. Zuvor sollten jedoch die handelnden Personen vor Ort über das Modul der städtebaulichen Kriminalprävention umfassend informiert werden – zum Beispiel in Form einer Schulung oder praxisorientierten Informationsveranstaltung. Es müssen allerdings gute Voraussetzungen geschaffen werden, damit das Vorgehen vor Ort nicht wegen des Mangels an Ressourcen oder wegen einer anderen Prioritätensetzung auf Seiten der Stadtplanung behindert wird.

Ein weiterer wichtiger Baustein für den Aufbau von Sicherheitspartnerschaften wurde in der Gewinnung von Immobilieneigentümern gesehen. Eine lokale Sicherheitspartnerschaft muss im Kreis der regionalen Immobilienwirtschaft und deren überregionalen Vertretungen stärker bekannt gemacht werden. Herr Ens erklärte sich dazu bereit, die Unternehmen des Verbandes der Wohnungswirtschaft Niedersachsen und Bremen (vdw) stärker auf die Möglichkeit der Mitwirkung in lokalen Sicherheitspartnerschaften hinzuweisen. Er bot als Vertreter der Sicherheitspartnerschaft im Städtebau auf Landesebene außerdem an, auf Wunsch von lokalen Akteuren den Kontakt zu den entsprechenden Wohnungsunternehmen vor Ort herzustellen. Auch andere Verbände – wie der Verband für Wohneigentum (VWE) – können in diese Prozesse stärker involviert werden. Als mögliches Hindernis sei zu beachten, dass für die Wohnungsunternehmen eher der ganzheitliche Blick auf alle Bestände Tradition haben, oder auch dass aus Marketinggründen Berührungängste mit dem Thema „Sicherheit“ bestehen. Auch müsse vor Ort darauf geachtet werden, keine Erwartungen auf Seite der Wohnungsunternehmen zu wecken, die sich anschließend nicht erfüllen lassen.

Workshop 2: Praktische Arbeit mit Kriterien der städtebaulichen Kriminalprävention

In der Einstiegsfrage dieses Workshops wurde danach gefragt, ob die Teilnehmenden (a) schon einmal mit Kriterien der städtebaulichen Kriminalprävention gearbeitet oder (b) noch nie damit zu tun hatten. Die Abfrage ergab, dass zwei Drittel der Teilnehmerinnen und Teilnehmer schon einmal Kriterien angewandt haben; ein Drittel kannte den Umgang mit Kriterien der städtebaulichen Kriminalprävention bisher nicht. Am Workshop nahmen wesentlich mehr Fachkräfte der Polizei als aus anderen Bereichen teil. Die Wünsche an den Workshop waren jedoch vielfältig, da die Teilnehmenden aus allen Teilen Niedersachsens kamen (städtische als auch ländliche Gebiete) und unterschiedliche Erfahrungswerte aus der Anwendung kriminalpräventiver Maßnahmen mitbrachten. Für diejenigen, die bereits über Erfahrungen mit der Anwendung von Kriterien verfügten, stand der Erfahrungsaustausch im Vordergrund. Die anderen Mitglieder des Workshops, die sich mit Kriterien der städtebaulichen Kriminalprävention bislang noch nicht beschäftigt hatten, wollten vor allem von den Erfahrungen anderer Städte lernen und Ideen sammeln, wie die Anwendung gestaltet werden kann.

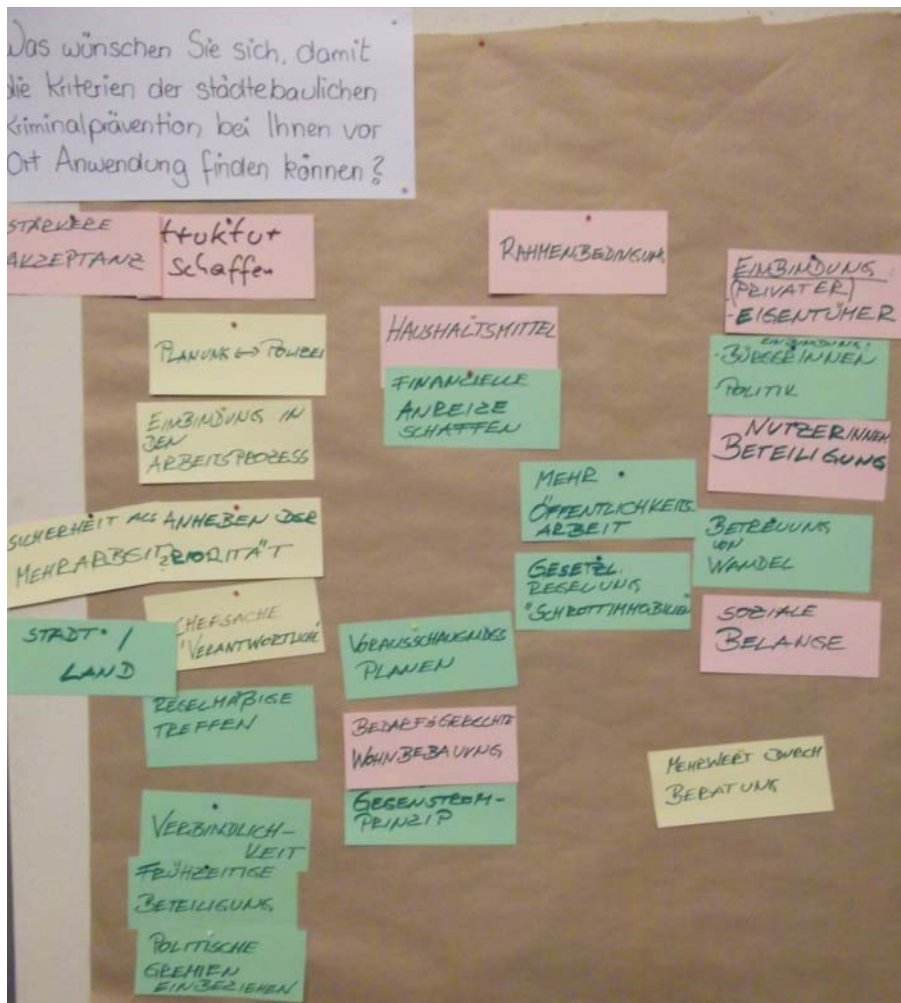


Abbildung 3: Sammlung von Wünschen für die praktische Arbeit mit Kriterien der städtebaulichen Kriminalprävention

Trotz der unterschiedlichen Erwartungen ergab sich eine intensive Arbeitsatmosphäre. Noch bevor die erste strukturierende Frage gestellt worden war, lief bereits eine intensive Diskussion. Dabei schälte sich heraus, dass der Umgang mit Kriterien allgemein für sinnvoll erachtet wird. Es könne jedoch ein besseres Ergebnis erzielt werden, wenn auch außerhalb der

formal vorgesehenen Beteiligungsverfahren ein fachlicher Austausch stattfindet. Eine verbesserte Kommunikationsstruktur – insbesondere zwischen Polizei und Stadtplanung – sei vorteilhaft, um die vielseitigen städtebaulichen Anforderungen bewältigen zu können. Dabei trat ein Unterschied zwischen größeren Städten und kleineren Gemeinden besonders hervor: Bei letzteren sei die Kommunikation zwischen Polizei und Stadtplanung wegen der überschaubaren Strukturen und der persönlichen Kontakte einfacher. In größeren Städten hingegen seien häufig weder die konkreten Ansprechpartner und Verantwortlichen bekannt, noch sei das Thema als Qualitätsmerkmal der Stadtentwicklung in der kommunalen Verwaltung hinreichend institutionalisiert.

Vor diesem Hintergrund wünschten sich die Teilnehmenden beider fachlichen Seiten eine vereinfachte Kommunikationsplattform. Die Form und die Art dieses Austausches könne flexibel gestaltet werden; denn prioritär sei, dass dieser Austausch überhaupt kontinuierlich stattfindet.

det. Hilfreiche Anstöße für einen Austausch geben in der Regel konkrete örtliche Planungsaufgaben. Generell erwarten beide Seiten eine stärkere gegenseitige Anerkennung, als das bisher der Fall sei. Ohne die gegenseitige Akzeptanz können die Disziplinen nicht wirkungsvoll zusammenarbeiten.

Seitens der Polizei wurde die fehlende Kommunikationsbereitschaft der Stadtplanung benannt. Die formal vereinbarten kommunalen Sicherheitspartnerschaften würden nicht automatisch zu einem verbesserten Kommunikationsfluss und zu einer prinzipiellen Beteiligung führen; dies sei vor allem von den handelnden Personen abhängig. Die Kriterien der städtebaulichen Kriminalprävention seien als Qualitätsrahmen bisher überwiegend bei der Polizei in die Routinen und Arbeitsprozesse eingegangen; bei der Stadtplanung werden sie eher als Zusatzbelastung zu den bereits komplexen Beteiligungsprozessen in der Bauleitplanung angesehen. Die beiden professionellen Bereiche von Polizei und Stadtplanung unterscheiden sich in der Prioritätensetzung deutlich. Von der Planungsseite wurde konstatiert, dass für eine Anhebung der Priorität der städtebaulichen Kriminalprävention in den Planungsprozessen gezielt die Führungskräfte der Bauverwaltung überzeugt werden müssen. Denn nur bei der Polizei sei das Thema „Chefsache“, in der Stadtplanung und in der Architektur bleibe es auf der operativen Ebene und werde dort eher als zusätzliche Aufgabe und Mehrarbeit wahrgenommen und weniger als Möglichkeit der Qualitätssteigerung gewertet. Die Polizei wünscht sich, nicht auf die Rolle irgendeines Trägers öffentlicher Belange (TÖB) reduziert zu werden, sondern baut stärker auf die informelle Ebene – zum Beispiel in Form eines informellen Fachaustausches zu kriminalpräventiven Aspekten im Vorfeld anstehender Vorhaben der kommunalen Planung und Gemeindeentwicklung.

Die Teilnehmenden sprachen sich dafür aus, konkrete Anreize für die Berücksichtigung kriminalpräventiver Maßnahmen im Städtebau zu schaffen, damit das Thema stärker in die Kommunen getragen wird. In dem Zusammenhang wurde auch angeregt, die Öffentlichkeitsarbeit zu intensivieren, um das Thema bekannter und für die Kommunalpolitik sowie für die Bewohnerschaft interessanter zu machen. Darüber hinaus sei es sinnvoll, stärker private Eigentümer und Eigentümerinnen einzubeziehen, da ein Großteil der Immobilienbestände in ihrem Besitz ist. Es sei jedoch schwierig, diese Gruppe zu erreichen, da sie breit gestreut sei und keine eigene Vereinigung habe, mit der ein überregionaler Kontakt aufgenommen werden könne.

In der zweiten Diskussionsrunde ging es um konkrete Lösungsvorschläge, wie vor Ort die Situation verbessert werden kann. Erneut wurde hier die Kommunikation zwischen den verschiedenen fachlichen Disziplinen und Organisationen hervorgehoben. Als Problem wurde identifiziert, dass die Rollen der einzelnen

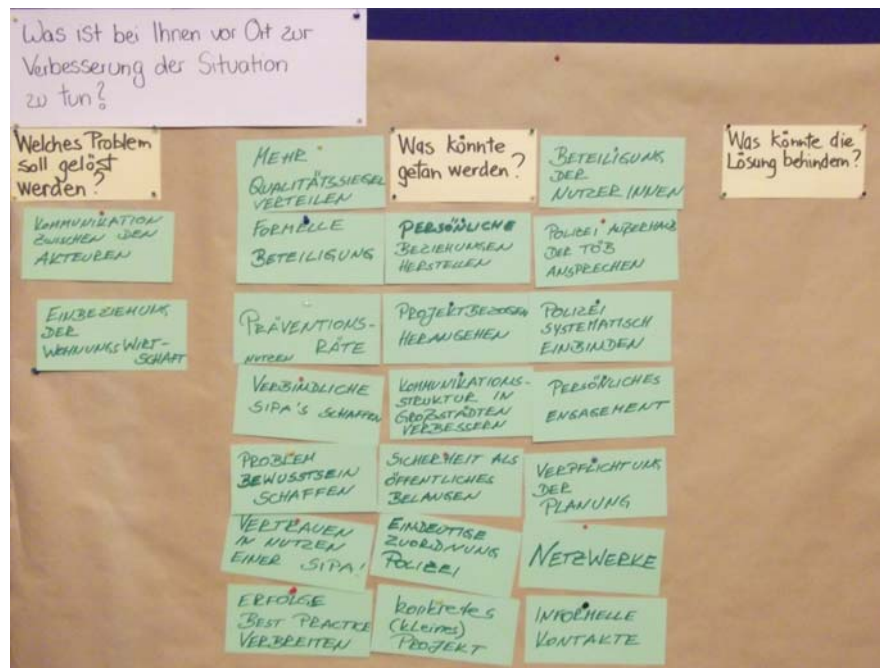


Abbildung 4: Sammlung von Ideen für die Verbesserung der praktischen Arbeit mit Kriterien der städtebaulichen Kriminalprävention

Fachleute in den jeweiligen Gremien noch nicht klar verhandelt und definiert seien. Die Konflikte seien oft – wegen der differenten Fachsprachen – auf sprachliche Missverständnisse und auf Sensibilitäten bei der Definition städtebaulicher Problemsituationen zurückzuführen. Es wurde daher angeregt, bei der Anwendung von Kriterien der städtebaulichen Kriminalprävention eine enge Zusammenarbeit von polizeilichen und planerischen Fachkräften sowie Kräften der Wohnungswirtschaft anzustreben, damit alle Seiten aktueller Probleme der Stadtentwicklung interdisziplinär beleuchtet werden können. Begleitend dazu seien Beratungsangebote der Sicherheitspartnerschaft im Städtebau auf der Landesebene nützlich, um über Hinweise und Impulse die Zusammenarbeit der Akteure vor Ort zu aktivieren.

Es wurde vorgeschlagen, dass die Sicherheitspartnerschaft im Städtebau mehr Qualitätssiegel vergibt und diese im Anschluss als Beispiele „guter Praxis“ im Land verbreitet werden. Das biete weiteren Wohnungseigentümern Anreize zur Teilnahme und zeige Möglichkeiten der Planung sicherer Wohnungen, Häuser und Quartiere auf. Solche „lehrreichen Beispiele“ helfen den Gremien vor Ort, die Bedeutung der städtebaulichen Kriminalprävention sowohl auf der kommunalpolitischen Ebene als auch auf der Ebene der Wohnungsunternehmen und der Bewohnerschaft deutlich zu machen.

Weiterhin wurde angeregt, die Entwicklung von Problemimmobilien in kleineren Kommunen zu verhindern, indem z.B. ein Vorkaufsrecht für die Kommunen eingeräumt werde.

Die Teilnehmenden stellten zum Ende der Diskussion noch einmal heraus, dass es wichtig sei, die bereits bestehenden Netzwerke – beispielsweise die kommunalen Präventionsräte – zu nutzen, statt neue zusätzliche Gremien zu schaffen. Neben solchen formellen Arbeitsformen sollen auch informelle Netzwerke gepflegt werden, damit sich die verschiedenen Disziplinen gegenseitig besser kennen lernen, ihre jeweiligen Fachsprachen besser verstehen und ihre spezifischen fachlichen Sichtweisen vermitteln können. Das seien Voraussetzungen, um gemeinsam an konkreten Projekten der Stadt- und Quartiersentwicklung zu arbeiten. Eine weitere Voraussetzung sei, dass in den verschiedenen Organisationen und Institutionen konkrete Ansprechpartner/innen benannt werden, die bei konkreten Problemen der Gemeindeentwicklung und Stadtgestaltung angesprochen werden können.

5. Ausblick

Zum Abschluss der Arbeitstagung gab Ministerialrätin *Gabriele Lasius* vom *Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration* einen kurzen Ausblick.

Zunächst bedankte sie sich bei der Stadt Delmenhorst, die die Tagungsräume zur Verfügung gestellt und die Versorgung mit Getränken übernommen hatte. Besonderer Dank ging an Frau van Ohlen, die als Ansprechpartnerin vor Ort den reibungslosen Ablauf der Veranstaltung gewährleistet hatte.

Frau Lasius zufolge haben sowohl die niedersächsischen Beispiele als auch die beiden Workshops gezeigt, dass sich die Sicherheitspartnerschaft im Städtebau auf dem richtigen Weg befinde und dass die städtebauliche Kriminalprävention ein relevantes Zukunftsthema markiere. In dieser ersten Veranstaltung auf lokaler bzw. regionaler Ebene haben alle Seiten viele Anregungen aufnehmen können. Die Diskussion sei aber noch nicht abgeschlossen, sondern müsse vor Ort und in den einschlägigen Gremien fortgesetzt werden.

Vor dem Hintergrund der Beiträge und Diskussionsbeiträge regte Frau Lasius an, zukünftig drei Themenfelder in der städtebaulichen Kriminalprävention stärker zu beachten:

- Als erstes sei das Verhältnis zwischen den Präventionskräften der Polizei und den Fachkräften der örtlichen Stadtplanung weiter zu entwickeln. Die Gestaltung dieser Schnittstelle sei für den Erfolg der städtebaulichen Kriminalprävention von ausschlaggebender Bedeutung. Aber über diese bilateralen Blickwinkel hinaus müssen weitere Akteursgruppen einbezogen werden – wie zum Beispiel die örtliche Wohnungswirtschaft, der Mieterbund und andere Organisationen, Institutionen und Freiberufler, die mit ihrer Praxis zur Qualität der Wohnquartiere beitragen. Einen geeigneten Rahmen können dafür einschlägige thematische Arbeitsgruppen der kommunalen Präventionsräte bieten.
- Als zweites sei stärker zu artikulieren, welche Impulse die städtebauliche Kriminalprävention für die Entwicklung so genannter „sozialer Brennpunkte“ geben könne. Das In-

strumentarium solle für Gebiete mit einer hohen Wohndichte, mit vernachlässigter Bausubstanz, mit einem hohen Anteil an Empfängerinnen und Empfängern von Transferleistungen und mit einem hohen Anteil von Menschen mit einem Migrationshintergrund weiterentwickelt werden.

- Als drittes Thema verdienen die Schnittstellen zwischen großen Infrastrukturen, den Wohnarealen und dem öffentlichen Raum mehr Beachtung. Das Delmenhorster Beispiel der kriminalpräventiven Umgestaltung des Bahnhofs und seines Umfeldes habe anschaulich gemacht, welche Anpassungsaufgaben auf solche Einrichtungen in den nächsten Jahren zukommen können.

Frau Lasius betonte, der Kontakt der niedersächsischen Sicherheitspartnerschaft im Städtebau mit der kommunalen Handlungsebene sei für beide Seiten wichtig. Zwischen der lokalen Perspektive und dem Blickwinkel der Landesebene habe auf der Arbeitstagung ein konstruktiver Austausch stattgefunden. Dieser Weg solle im Jahr 2012 weiter beschritten werden. Die Koppelung an die bestehenden kommunalen Präventionsräte scheine nach den Ergebnissen der Workshops sinnvoll zu sein. Es sei deshalb vorgesehen, dass sich die Sicherheitspartnerschaft im Städtebau in Niedersachsen an der Regionalkonferenz des Landespräventionsrates Niedersachsen im März 2012 in Celle beteiligen werde. Die Mitglieder der Sicherheitspartnerschaft im Städtebau auf der Landesebene können als Ansprechpartner und Verbindungspersonen für interessierte lokale Akteure fungieren.

Verstärkte Bemühungen müssen allerdings noch unternommen werden, um auch die Wohnungsunternehmen als Partner für die kommunalen Aktivitäten vor Ort zu gewinnen. Daher sei die Sicherheitspartnerschaft auf der Landesebene gefordert, die Verbände zur Multiplikation zu motivieren.

Abschließend dankte Frau Lasius für die aktive Mitwirkung und wünschte allen bei ihren Vorhaben der städtebaulichen Kriminalprävention weiterhin viel Erfolg.